

Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

Regionalvorstand

Beschlussvorlage

Sitzung	Sitzung des Regionalvorstands	<input checked="" type="checkbox"/> öffentliche Sitzung
Datum	10. Oktober 2025	<input type="checkbox"/> nicht öffentliche Sitzung
Beschluss-Nr.	03/04/02	

Ausweisung von Beschleunigungsgebieten für die Windenergie an Land

Beschlussantrag:

Der Regionalvorstand beauftragt die Regionale Planungsstelle, unverzüglich ein gesondertes Verfahren gemäß § 28 Raumordnungsgesetz durchzuführen, mit dem die im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 festgelegten Vorranggebiete zusätzlich als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land ausgewiesen und Regeln für wirksame Minderungsmaßnahmen für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen und deren Netzanschluss aufgestellt werden, um mögliche negative Auswirkungen vorrangiger Vorhaben zu vermeiden oder, falls dies nicht möglich ist, erheblich zu verringern.

Begründung:

Am 18.08.2025 ist das Gesetz zur Umsetzung von Vorgaben der Richtlinie (EU) 2023/2413 für Zulassungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und dem Wasserhaushaltsgesetz sowie für Planverfahren nach dem Baugesetzbuch und dem Raumordnungsgesetz, zur Änderung des Bundeswasserstraßengesetzes und zur Änderung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes in Kraft getreten. (BGBl. 2025 I Nr. 189)

Durch dieses Gesetz wird unter anderem das Raumordnungsgesetz (ROG) geändert. Durch § 28 Absatz 2 ROG wird unter anderem bestimmt:

„Vorranggebiete für Windenergie sind zusätzlich als Beschleunigungsgebiete für die Windenergie an Land auszuweisen, soweit sie nicht in einem der folgenden Gebiete liegen:

- 1. Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete, Nationalparke sowie Kern- und Pflegezonen von Biosphärenreservaten nach dem Bundesnaturschutzgesetz oder*
- 2. Gebiete mit landesweit bedeutenden Vorkommen mindestens einer durch den Ausbau der Windenergie betroffenen europäischen Vogelart nach § 7 Absatz 2 Nummer 12 des Bundesnaturschutzgesetzes, einer in Anhang IV der Richtlinie 92/43/EWG aufgeführten Art oder einer Art, die in einer Rechtsverordnung nach § 54 Absatz 1 Nummer 2 des Bundesnaturschutzgesetzes aufgeführt ist; [...].“*

Bei der Ausweisung der Beschleunigungsgebiete sind Regeln für wirksame Minderungsmaßnahmen für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen und deren Netzanschluss aufzustellen, um mögliche negative Auswirkungen vorrangiger Vorhaben zu vermeiden oder, falls dies nicht möglich ist, erheblich zu verringern. (§ 28 Absatz 4 ROG)

Für Vorranggebiete für Windenergie, die nach Ablauf des 19. Mai 2024 und vor dem 15. August 2025 ausgewiesen worden sind, hat die Ausweisung in einem nachfolgenden separaten Planungsverfahren zu erfolgen, welches innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes förmlich einzuleiten ist. In diesem Fall sind § 7 Absatz 5, die §§ 8, 9 Absatz 5 und die §§ 10 und 11 für Raumordnungspläne entsprechend anzuwenden. (§ 28 Absatz 5, 6 ROG)

Der Sachliche Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming ist nach dem 19. Mai 2024 und vor dem 15. August 2025 in Kraft getreten. Für die zusätzliche Ausweisung der im Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027 festgelegten Vorranggebiete als Beschleunigungsgebiet ist daher ein nachfolgendes, separates Planungsverfahren durchzuführen.

Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming

Regionalvorstand

Beschlussvorlage

Bei der Ausweisung eines Beschleunigungsgebietes und dem Aufstellen von Regeln für Minderungsmaßnahmen handelt es sich um „*einen eigenständigen planerischen Rechtsakt sui generis*“, da diese Ausweisung den gesetzlichen Voraussetzungen der §§ 3 und 7 für Festlegungen (Ziele oder Grundsätze) in Raumordnungsplänen nicht genügt. Ein separater Plan, der nur diese Gebiete und Regeln ausweist, erfüllt nicht die gesetzlichen Voraussetzungen eines Raumordnungsplans nach §§ 7 und 13. Eine Abwägung aller berührten Belange erfolgt nicht.¹

Der gesetzlichen Anforderung, dass ein solches Verfahren innerhalb von drei Monaten förmlich einzuleiten ist, kann daher auch durch Beschluss des Regionalvorstands zur Beauftragung der Regionalen Planungsstelle entsprochen werden.

Nach § 6 Absatz 2 der Hauptsatzung erledigt der Regionalvorstand die sonstigen Aufgaben der Regionalen Planungsgemeinschaft, soweit sich die Regionalversammlung die Erledigung bestimmter Aufgaben nicht vorbehalten hat.

Eine Verletzung der Vorschriften über die zusätzliche Ausweisung als Beschleunigungsgebiet ist für die Rechtswirksamkeit des Vorranggebiets im Übrigen unbeachtlich. (§ 28 Absatz 6 ROG)

Eine Frist bis zu welchem Zeitpunkt die Ausweisung von Beschleunigungsgebieten abgeschlossen sein muss, ist gesetzlich nicht geregelt.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/> gemäß Beschlussvorlage		<input type="checkbox"/> mit Veränderungen		
<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung

Marko Köhler
Vorsitzender des Regionalvorstands

Lutz Klauber
Leiter der Planungsstelle
(für die Kenntnisnahme)

¹ Deutscher Bundestag Drucksache 21/797 vom 08.07.2025, Seite 60